Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,950
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 97. Dienstag den 7. April 1885. 79. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### In den hiesigen Volksschulen

findet **die Aufnahme der neueinzuführenden Kinder Donnerstag nach Ostern, also den 9. April,** statt und zwar

**um 9 Uhr:** in der 3., 4., 5., 6. und 7. Bürgerschule, in der 1., 2., 3., 4., 5., 7. und 8. Bezirksschule und in der 6. Bezirksschule für Knaben;

**um 10 Uhr:** in der 1. Bürgerschule für Knaben und 2. Bürgerschule;

**um 3 Uhr:** in der 1. Bürgerschule für Mädchen, in der Vereinigten Freischule und in der 4. Bezirksschule für Mädchen.

Der Unterricht beginnt in allen Classen Freitag den 10. April.

**Die Directoren der Leipziger Volksschulen.**

### Höhere Schule für Mädchen.

Nachprüfung und Prüfung Aufnahmeträchtiger Montag, den 13. April 9½ Uhr. **Dr. W. Nöldeke.**

### Submission.

**Die Tischlerarbeiten für den Neubau des Rathhauses in Lützen** sollen im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Die Zeichnungen und Bedingungen liegen im Magistratsbureau zu Lützen täglich von 9—12 und 2—6 Uhr aus. Copien der Letzteren können gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten dort entnommen werden. Offerten sind an das genannte Bureau, versiegelt und portofrei mit der Aufschrift:

**„Offerte auf Tischlerarbeiten für den Rathhausbau in Lützen"**

bis zum **Montag, den 13. April, Vormittags 11 Uhr** einzusenden, um welche Zeit sie dort in Gegenwart der erschienenen Submittenten geöffnet werden sollen.

Lützen, den 4. April 1885. **Der Magistrat.**

## Nichtamtlicher Theil.

### Viel Lärm um Nichts.

Nachdem das Ministerium gestürzt ist und Frankreich eine Zeit der verderblichsten Aufregung durchgemacht hat, wird bekannt, daß die Räumung Langsons nicht die Folge einer schweren Niederlage, sondern der Verwundung des Generals Negrier gewesen ist. Als die Truppen ihren Anführer fallen sahen, verloren sie die Besonnenheit und traten den Rückzug ohne jeden zwingenden Grund an. Bei dem ganzen Kampf sollen die Franzosen nur 5 Todte und 40 Verwundete gehabt haben. Die schleunige Räumung von Dongson vermag sich General Brière gar nicht zu erklären. Man sieht aus den widersprechenden Depeschen dieses Generals, daß die Sache der Franzosen in Tonkin nicht von den geeigneten Persönlichkeiten geführt wird; es herrscht vollständige Verwirrung, der Obergeneral ist über die Unternehmungen der Unterbefehlshaber nicht unterrichtet und giebt der eigenen Rathlosigkeit durch die seltsamsten Berichte Ausdruck. General Lewal hat jetzt gut reden, daß der ganze Lärm unnöthig war, er würde, wenn er am 30. März zu Worte gekommen wäre, das Land beruhigt haben. Wenn die Lage ihm damals wirklich so ungefährlich erschien, weshalb gab er denn seine Zustimmung zu der außerordentlichen Maßregel, bei der Kammer einen Credit von 200 Millionen für den Krieg gegen China zu beantragen? Der Kriegsminister war an jenem Tage nicht minder von der allgemeinen Verwirrung ergriffen, die auch Ferry erfaßt hatte, wie die Kammer und alle Franzosen, die von dem Geschehenen Kenntniß erhielten. Aber sie litten sämmtlich unter dem Einfluß einer Täuschung, welche Brière de l'Isle durch seine Depeschen hervorgebracht hatte. Zwei Dinge sind nur möglich: Entweder waren die ersten Meldungen richtig und die letzten falsch, oder umgekehrt. Wegen eines unbedeutenden Scharmützels fliegt man aber nicht wichtige Plätze zu räumen, deren Eroberung große Opfer an Zeit, Geld und Blut gekostet hat, also wird wohl der Kampf vom 29. März einen ernsteren Hintergrund gehabt haben, als General Brière in seinen letzten Depeschen zugesteht. Ein General, der sich die Räumung eines Platzes durch einen seiner Untergebenen nicht zu erklären weiß, ist eine so ungewöhnliche Erscheinung, daß man vergeblich nach einem Seitenstück dazu sucht. Das Nächstliegende ist doch in einem solchen Falle, daß der Höchstcommandirende Officiere, die ohne zwingende Gründe feste Plätze räumen, vor ein Kriegsgericht stellt. Von Oberst Herbinger, welcher den Befehl über die Brigade Negrier übernahm, nachdem dieser verwundet war, schweigen die letzten Depeschen des Generals Brière; den Befehl über die Truppen in Chu hat jetzt Oberst Desbordes übernommen.

Die Chinesen, die zuerst in ganz erdrückender Zahl gegen das Delta des Rothen Flusses heranrücken sollten, halten sich jetzt plötzlich in achtungsvoller Ferne und beschränken sich auf die Besetzung der Stellungen, welche sie früher inne hatten. Für alle diese Widersprüche giebt es nur eine Erklärung und das ist die, daß es in Tonkin an einer einheitlichen und sachverständigen Kriegsleitung fehlt. Dafür ist aber nicht Ferry verantwortlich zu machen, sondern der Kriegsminister, welcher den General Brière nach Tonkin sandte und dieser General selbst. Ferry ist kein Soldat, sondern ein Staatsmann. Die Leitung des Kriegsministeriums befand sich in den Händen von Thibaudin, später von Campenon und zuletzt von Lewal. Diese Generäle hatten für Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten, für Leitung des Krieges in Tonkin Sorge zu tragen. Erweisen sich diese als unfähig, so müssen sie durch andere ersetzt werden, aber es ist abgeschmackt, dafür den Ministerpräsidenten verantwortlich zu machen. Mit demselben Rechte müßten jetzt die Abgeordneten in Anklagezustand versetzt werden, die das Ministerium auf Grund falscher Nachrichten gestürzt und das Land dadurch in die schlimmste Lage versetzt haben.

Kann man sich etwas Tolleres denken, als eine Kammer, welche ein Ministerium zum Rücktritt zwingt, weil mehrere tausend Meilen von Paris entfernt ein französischer General eine Niederlage meldet, die sich nachträglich als nicht geschehen erweist? Ferry hat sofort die umfassendsten Maßregeln ergriffen, um die scheinbar verletzte französische Waffenehre wiederherzustellen und dafür wird er mit den heftigsten Schmähungen überhäuft; Cassagnac nennt die Tribüne, auf welcher sich der unglückliche Ferry befindet, den Galgen; die Menge spannt Rochefort die Pferde aus und trägt ihn im Triumphe nach Hause, weil er gerathen hat, den armen Ferry zu köpfen. Und das Alles geschieht unter der falschen Voraussetzung, daß vor Langson Tausende von Franzosen ihr Leben eingebüßt haben! Wahrlich an der Zukunft eines Volkes, dessen Vertreter sich so geberden, hat man alle Ursache zu verzweifeln.

Inzwischen haben die Parteiverhältnisse, welche unter der geschickten Führung Ferry's bereits in gesundere Bahnen eingelenkt waren, eine so schroffe Gestalt angenommen, daß Freycinet darauf verzichten mußte, ein Ministerium zu bilden und daß selbst Constans ein sogenanntes Geschäftsministerium nicht zusammenbringen konnte. Aus der ganzen Sachlage geht hervor, daß die Franzosen einzusehen beginnen, wie kopflos die Handlungsweise der Mehrheit der Kammer am 30. März gewesen ist. Darüber ist man im Klaren, daß ein General, der solche Verwirrung gestiftet hat, wie Brière, nicht länger den Oberbefehl behalten kann; es soll deshalb General Boulanger nach Tonkin gesandt werden, um an seiner Statt das Commando zu übernehmen.

Die Nachricht des „Paris" von den Friedensverhandlungen mit China scheint in der That nicht unbegründet zu sein, aber bei der gänzlich veränderten Sachlage werden die Chinesen schwerlich an den Vorschlägen festhalten, welche zu einer Zeit gemacht wurden, als Langson noch in den Händen der Franzosen war und als diese im siegreichen Vordringen begriffen waren, nicht wie heute, auf dem Rückzuge. Was das Ende vom Liede sein wird, läßt sich heute noch, auch nicht annähernd ermessen, nur so viel steht fest, daß Frankreich langer Zeit und vieles Geldes bedürfen wird, um wieder auf den Panct zu gelangen, auf welchem es vor dem Sturze des Ministeriums Ferry stand. Die Wiederherstellung dieses Ministeriums wäre offenbar das Vernünftigste und Beste, was die Kammern thun könnten, aber dazu werden sie sich nicht so schnell entschließen, abgesehen davon, daß auch Ferry Bedenken tragen würde, mit einer so wankelmüthigen Mehrheit wieder in das alte Verhältniß zurückzutreten. Eine glänzendere Genugthuung könnte ihm allerdings nicht zu Theil werden, als wenn dieselbe Kammer, die ihn am 30. März stürzte, ihn wenige Wochen darauf wieder auf seinen alten Platz zurückriefen. Prinz Napoleon hat bereits wieder das Wort ergriffen, um vor der Wiederherstellung des Königthums zu warnen. So weit ist es noch nicht, aber wenn die Franzosen sich noch öfter so kopflos ihrer Leidenschaft überlassen, wie am 30. März, dann kann es allerdings bald mit der Republik zu Ende sein.

*

### Leipzig, 7. April 1885.

* Ostern hat in Bezug auf die Bischofsfragen keine Erledigung gebracht. Vorläufig nimmt man nur an, daß Bischof Kremenz von Ermeland der Nachfolger Melchers in Köln sein wird. Herrn Melchers dürfte vielleicht der Cardinalshut verliehen werden. Somit würde die Kölnische Bischofsfrage eher erledigt werden, als die Posener, deren Lösung durch die Ernennung Ledochowski's zu einem hohen geistlichen Amte in Rom eher erwartet wurde. Ist nun auf der einen Seite eine befriedigende Lösung zu erwarten, so kriselt es auf der anderen wieder. Es kann nicht mehr in Abrede gestellt werden, daß in den leitenden ultramontanen Kreisen gegen den erst seit 3½ Jahren in Fulda eingezogenen Bischof Dr. Georg Kopp eine große Mißstimmung platzgegriffen hat, welche sich bereits über die oberhirtliche Autorität hinwegsetzt und in Rom mit allen Mitteln eine förmliche Desavouirung dieses Prälaten zu erreichen sucht. Diese aggressive Haltung ist nicht etwa durch das bekannte Vorgehen Kopp's in der Frage der Gründung einer specifisch katholischen Universität (Fulda gegen Salzburg) erst hervorgerufen, sondern hierdurch nur genährt und an die Oberfläche gebracht worden, wie denn auch die extrem-ultramontane Presse diesen Anlaß mit sichtbarem Behagen dazu benutzte, um ihrem lange unterdrückten Grolle gegen den „Staats-Bischof" Luft zu machen. In dem Bischof Dr. Kopp sieht der Ultramontanismus, wie er von den rheinisch-westfälischen Centrumsführern cultivirt wird, die Personification jenes Princips, welches den Frieden zwischen Staat und Kirche auf der Grundlage eines Ausgleiches herzustellen wissen will, der die Gleichberechtigung beider Factoren anerkennt und auch „dem Kaiser giebt, was des Kaisers ist". Daß man dies sowohl in Rom wie innerhalb der Leitung der Centrumspartei und deren Presse nicht will — darüber ist kein Wort zu verlieren. Hiezu kommt noch, daß man Herrn Dr. Kopp manche öffentliche Kundgebungen während seiner bisherigen Amtsdauer ebensowenig verzeihen kann, wie die Thatsache, daß er in Berlin nicht nur am Hofe, sondern auch — in der Wilhelmstraße persona gratissima ist. Freilich, mit einem Bischof läßt sich nicht ein gleich kurzer Proceß machen wie mit einem der Staatsfreundlichkeit verdächtigen Caplan oder Dorfpfarrer, weshalb hier vorsichtiger und verdeckter operirt werden muß, um in Rom allen Einflüssen aus dem Palais am Michelsberge hier den Weg zu versperren. Trotzdem kann man nach der Lage der Sache kaum daran zweifeln, daß Bischof Dr. Kopp sehr bald isolirt sein und dem päpstlichen Machtspruche sich wird fügen müssen, der ihn über die Friedens-Präliminarien zwischen Berlin und Rom in „unfehlbarer" Formulirung gründlich belehrt.

* In einer gegen den Reichstagsabgeordneten L. Viereck schwebenden Strafsache wegen Verbreitung socialistischer Schriften, die bis auf Weiteres dadurch erledigt ist, daß Herr Viereck als Mitglied des Reichstages gegen die ihm zugegangene Ladung Protest eingelegt hat, ist das gesammte Geschäftspersonal Viereck's wegen Theilnahme mit angeklagt worden.

* * *

* Bis zur Stunde liegt keinerlei officielle Verlautbarung darüber vor, ob die österreichische Regierung gewillt sei, das Abgeordnetenhaus nach den Osterferien zur Wiederaufnahme seiner Thätigkeit und insbesondere zur Erledigung der Zollnovelle einzuberufen. Daraus ergiebt sich wohl bei dem vorgerückten Zeitpuncte, daß die Regierung entschlossen ist, nicht nochmals die Solidarität der Fractionen der Rechten auf eine gefährliche Probe zu stellen. In allen der Regierung nahestehenden Kreisen sieht vielmehr die Ansicht fest, daß das Abgeordnetenhaus nur noch zu einer formalen Sitzung einberufen wird, um von der Zustimmung des Herrenhauses zu den letzten Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, vornehmlich zu jenen Beschlüssen, die das Uebereinkommen mit der Nordbahn betreffen, verständigt zu werden und zur Verlautbarung der üblichen Zuschrift des Minister-Präsidenten an die beiden Häuser des Reichsrathes, mit welcher die Mitglieder des Parlaments eingeladen werden, dem feierlichen Schlusse des Reichsrathes durch Verkündigung der Thronrede in der Hofburg beizuwohnen. In den bezeichneten Kreisen hält man auch an der Ansicht fest, daß die Regierung gewillt sei, die Zollnovelle mit Berufung auf den §. 14 St. G. G. im Wege einer Verordnung des Gesammt-Ministeriums zur Durchführung zu bringen. Man erklärt übrigens die Möglichkeit noch nicht für ausgeschlossen, die Berathung der Zollnovelle bis in den Herbst zu vertagen.

* Die heutige österreichische Militair-Zeitung giebt auf Grund der competentesten Orts eingezogenen Erkundigung bekannt, daß allerdings einzelne Theile der Correspondenz des verhafteten Hauptmanns Potier Veranlassung zum gerichtlichen Einschreiten gegeben hätten. Die Annahme, daß mit diesfällig secreten Actenmaterial Mißbrauch getrieben wurde, dürfe somit als gerechtfertigt angesehen werden. Alles über die Motive und den Umfang des Mißbrauchs in die Oeffentlichkeit Gelangte beruhe indeß auf Combination oder willkürlicher Annahme. Von Auslieferung von Festungsplänen oder Mobilisirungsdaten in einem solchen Umfange, daß der Werth ganzer Festungswerke in Frage gestellt oder Theile des Mobilisirungsplanes ernstlich gefährdet seien, kaue keine Rede sein.

* In Paris hat nun auch Constans auf die Cabinetsbildung verzichtet und den Präsidenten Grevy veranlaßt, dieselbe Brisson zu übertragen, da derselbe jedenfalls der Deputirtenkammer am genehmsten sein würde. Brisson hat nunmehr mit Grevy am ersten Feiertage längere Zeit conferirt und den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden, angenommen. Brisson, radical, ist ein ausgesprochener Feind Ferry's.

* In Irland nehmen die Agrarverbrechen wieder zu. Nächtliche Ueberfälle in Häusern von Pächtern, welche gegen die drakonischen Regeln der Landliga verstoßen, Viehverstümmelungen und Brandstiftungen sind seit Kurzem wieder an der Tagesordnung.

* Die Kammern in Holland werden in nächster Zeit wichtige Verfassungsänderungen in Berathung nehmen, welche die Regierung beantragt hat. Daß die Regierungsvorlage das Unterrichtswesen nicht berührt, die Staatsschule vielmehr erhalten bleiben soll, ist schon erwähnt. Die anderen weitgehenden Reformen sind nach der „A. Z." folgende:

Die Bedingungen zur Betheiligung bei den Wahlen zur zweiten Kammer erfahren eine vollständige Umänderung. Nach der jetzt zu Recht bestehenden Verfassung hängt diese Betheiligung namentlich davon ab, daß der betreffende großjährige Bürger, je nach den localen Verhältnissen, einen Betrag von 20 bis 160 G. an directen Steuern entrichte. Dagegen wird nun beantragt, daß der Miethszins die Grundlage der Wahlberechtigung bilden soll, und zwar wird das Gesetz den Betrag desselben für jede Gemeinde des Landes feststellen, doch wird dieser Betrag in keinem Falle niedriger als 30 Gulden sein dürfen. Wie die Regierung vermuthet, wird dadurch die Anzahl der Wahlberechtigten von 129,000 auf 252,000 oder von 3¾ Procent auf 6 Procent der Bevölkerung des Landes steigen. Die jetzige Verfassung bestimmt, daß auf 45,000 Einwohner je ein Abgeordneter kommen soll. Die Regierung beantragt dagegen, die Anzahl der Volksvertreter, unabhängig von der Stärke der Bevölkerung, auf 100 zu bringen und somit um 25 zu erhöhen. Nach dem jetzigen Wahlmodus tritt jedesmal nach zwei Jahren die Hälfte der gesammten Abgeordnetenzahl zurück. Dagegen verlangt die Regierung, daß künftig jedesmal nach Ablauf einer vierjährigen Frist sämmtliche Abgeordnete zurücktreten. Die Mitglieder der Ersten Kammer, welche seitens der Provinzialstände gewählt werden, sind kraft der heutigen Verfassung 39 an der Zahl. Dieser Wahlmodus soll künftig vollständig aufrecht erhalten bleiben, dagegen die Mitgliederzahl um 11 erhöht und das passive Wahlrecht erweitert werden. Gegenwärtig können nämlich in jeder Provinz nur Diejenigen zu Mitgliedern der Ersten Kammer gewählt werden, welche den höchsten Betrag an directen vom Staat erhobenen Steuern entrichten und zwar in dem Verhältnisse von 1 : 3000 Seelen. Nach den vorliegenden Revisionsanträgen würde dieses Verhältniß 1 : 2000 betragen. Die Verfassung zieht ziemlich enge Schranken um die Verpflichtung zur Betheiligung bei der Vertheidigung des Landes und stand somit bis jetzt jeder gründlichen Umänderung des Heerwesens hindernd im Wege. Freilich ist die Regierung nicht auf das oft zum Ausdruck gebrachte Verlangen eingegangen, dieselbe möge künftig in die Lage versetzt werden, nöthigenfalls die heimischen Truppen auch in den Colonien verwenden zu dürfen; die vorliegenden Revisionsanträge überlassen aber wenigstens dem Gesetzgeber, die Milizpflichten zu regeln und somit eventuell die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verfügen. Außerdem wird ausdrücklich bestimmt, daß nöthigenfalls die nicht zur Armee oder zur Flotte gehörenden Bürger zur Vertheidigung des Landes herangezogen werden können. Die auf die Thronfolge bezüglichen Verfassungsbestimmungen sollen dagegen aufrechterhalten bleiben. Nur erhielten dieselben eine deutlichere Fassung, als jetzt der Fall.

* Ueber einen neuen Mahdi schreibt man der „Politischen Correspondenz":

In jüngster Zeit wurde die Nachricht vom Auftauchen eines neuen Mahdi im Sudan verbreitet und bald darauf wieder dementirt. Ein aus Omdurman im Lager des Generals Wolseley in Korti eingetroffener Bote hatte zuerst diese Nachricht überbracht und hinzugefügt, daß der neue Prophet El Saussi heiße. Abgesehen davon, daß den Meldungen solcher eingeborenen Boten erfahrungsgemäß wenig Glauben beizumessen ist, klingt es ganz und gar unwahrscheinlich, daß ein Mitglied der Brüderschaft El Saussi als Gegenprätendent gegen Mohamed Achmet aufgetreten sein sollte. Die englische Regierung soll vielmehr Beweise in Händen haben, daß die muhelmanische Secte, als deren Hauptchef der bekannte Sidi Mohamed Ben Ali El Saussi anerkannt ist, indirect den Aufständischen im Sudan alle mögliche Unterstützung leistet. Es ist nicht lange her, daß der Provinzialchef dieser Secte in Tanta (Egypten) eine Botschaft Sidi's erhielt, in welcher der Sympathie für die von den Sudanesen vertheidigte Sache unzweideutiger Ausdruck gegeben wurde. Ebenso blieb es nicht unbekannt, daß Sidi den zahlreichen, bei ihm erschienenen Deputationen aus Tripolis und der Sahara die Zusage machte, daß er in naher Zukunft an dem Kampfe zur Wiederherstellung der islamitischen Supremate am Nil theilnehmen werde. Was die Erfüllung dieser Zusage für die Engländer bedeuten würde, kann Jedermann leicht ermessen, dem die Berichte noch erinnerlich sind, die zu verschiedenen Zeiten in den öffentlichen Organen Europas über die Proselytenmacherei, den Reichthum und die militärische Organisation dieser weitverzweigten mohamedanischen Bruderschaft erschienen sind. Seit ihrem verhältnißmäßig kurzen Bestande (sie wurde im Jahre 1837 gegründet), vermochte sie in einem weit ausgedehnten Gebiete und selbst dort Wurzel zu fassen, wo ihre Lehren ursprünglich strenge verpönt waren, wie beispielsweise in Mekka und Medina, ferner in Egypten, wo sie gegen 17 Klöster zählt, im Bilajeb Bagdad, wo der mächtige Stamm Sidi Abdel Kader el Ghilani ihr angehört, sowie in der libyschen Wüste und Sahara. Die Franzosen haben bekanntlich wiederholt zu erfahren Gelegenheit gehabt, von welchem unversöhnlichen Hasse gegen die Christen diese Bruderschaft erfüllt ist, deren Mitglieder mit Christen und Juden gar nicht sprechen dürfen. Es ist mit Gewißheit anzunehmen, daß von dem Metropolitankloster und Mutterhause in Jerabub entsendete zahlreiche wohlgeübte Brüder schon heute im mahdistischen Lager tonangebend wirken, andere Emissäre die gehorchenden Stämme fanatisiren und Waffensendungen vermitteln, kurz einen Widerstand organisiren, den die geschicktesten englischen Heerführer mit den tapfersten Truppen nicht so bald zu bewältigen im Stande sein dürften. Früher oder später wird man sich in London entschließen müssen, mit der Pforte ernstlich darüber zu verhandeln, daß der Sultan seine Autorität gegen diesen incarnirten Fanatismus ausspiele. Die türkischen Staatsmänner scheinen mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß dieser Zeitpunct endlich einmal eintritt, und sie werden nicht verfehlen, ihre Bedingungen an die Gewährung ihrer Hilfe zu knüpfen.

* Die Besprechungen zwischen dem Emir von Afghanistan und dem Vicekönig dauern fort. Die Truppen werden nicht eher vorrücken, als bis der Befehl dazu aus England eintrifft. Fortwährend laufen von Seiten der Fürsten aus dem Pendschab, aus Radschputana, aus Centralindien, aus Kaschmir, aus Hyderabad und aus Nepal neue Anerbietungen, Beistand zu leisten, ein. Im Hinblick auf eventuelle Verwicklungen mit Rußland stellen viele indische Privatpersonen (Eingeborene) in liberaler Weise Geld und ihren persönlichen Einfluß zur Verfügung und begleiten diese Anerbietungen mit Ausdrücken der wärmsten Treue und Ergebenheit gegen die Königin, — so versichern englische Blätter.

* Wenn die neuesten Telegramme aus New-York richtig sind, so ist der Traum, eine einzige starke centralamerikanische Republik zu gründen, aus. Die jetzt als Thatsache anzusehende Niederlage der Truppen Guatemalas bei dem Kampfe mit den Truppen San Salvadors hat zu einem einmonatigen Waffenstillstand geführt. Die Legislative von Guatemala soll das vom Präsidenten Barrios wegen Bildung einer einzigen centralamerikanischen Republik am 28. Februar c. erlassene Dekret annullirt haben. Ueber den Kampf werden verschiedene Lesarten mitgetheilt. Es soll auch der Degen Barrio's zerbrochen auf dem Schlachtfelde gefunden worden sein. Barrios selbst, meldet eine letzte Depesche, sei todt. Die Mexikaner, welche schnell durch den Mund ihres Präsidenten Porfirio Diaz Drohungen gegen Guatemala ausstießen, brauchen sie nun nicht wahr zu machen.

### Die centralamerikanische Unificationsbewegung.

* Ueber die Wirren in Centralamerika schreibt die Münchener „Allgemeine Zeitung":

Das Isthmusland zwischen dem Pacifischen und Atlantischen Ocean, durch das die beiden amerikanischen Welttheile miteinander zusammengewachsen sind, will nicht aufhören, uns in Spannung zu erhalten. Erst war es Panama, das durch die große Unternehmung des Franzosen Lesseps Aller Augen auf sich zog, dann bewirkte Nicaragua durch seinen seltsamen Vertrag mit der nordamerikanischen Union ganz Aehnliches, und jetzt folgt diesem Guatemala mit seiner centralamerikanischen Unificationsbewegung.

Fluctus in simpulo! möchte man ja nun wohl ausrufen, wenn man das Land, um das es sich handelt, in seiner Ausdehnung auf der Erdkarte mustert. Das wäre aber doch eine sehr oberflächliche Beurtheilung der Sache. Die Planetenstelle zwischen den beiden Weltmeeren und den beiden Continenten hat eine gar zu große Aehnlichkeit mit derjenigen bei Suez, und dieselbe dürfte in der allernächsten Zukunft leicht eine noch viel größere Aehnlichkeit damit gewinnen, sei es durch die Fertigstellung des Lesseps'schen Panama-Canals, sei es durch die künstliche Bahnung irgend einer anderen intercontinentalen und interoceanischen Weltverkehrsstraße, zu der es einlädt.

Sehen wir nun etwa die egyptischen Angelegenheiten im Europa mit Gleichgiltigkeit an? Und was Deutschland anbelangt, so hat dasselbe sicherlich in Mittelamerika viel gewaltigere directe Interessen auf dem Spiele als in Egypten, und seine Staatsangehörigen haben in dem Handel und Wandel der Gegend eine viel größere Rolle inne, als man daheim gewöhnlich glaubt. Es dürfte sich also für uns Deutsche so gut wie für die Nordamerikaner und Engländer gar wohl lohnen, das Isthmusland mit Rücksicht auf die daselbst aufgetauchte Frage etwas genauer zu betrachten.

Von Natur erscheinen die fünf centralamerikanischen Zwergrepubliken auf den ersten Blick viel mehr dazu bestimmt, zusammen einen Einheitsstaat zu bilden, als jede für sich ihr unbedeutendes Dasein zu fristen und jede für sich einen leichten Spielball abzugeben für alle möglichen politischen Winde aus Nordamerika, aus England oder aus irgend einer anderen Weltgegend. Der Ocean umschließt sie alle, und die Gebirgsgliederung des Landes, so mannigfaltig dieselbe auch ist, bietet keiner einzigen eine feste Naturgrenze gegen die andere. Der Boden aller steigt aus dem Atlantischen Ocean allmälig auf, ihren östlichen, mit Lagunen und Sümpfen bedeckten Küstenebenen folgen nach Westen zu in allen gleichmäßig höhere und höhere Plateaustufen von eminent vulcanischer Natur, und diese stürzen endlich in allen ebenso gleichmäßig rasch zum Pacifischen Ocean wieder hinab. Ihr naturgeographisches Antlitz wenden im Grunde genommen alle fünf nach Westen, dem zuletzt genannten Ocean zu, da sie dort ihre zugänglichsten Hafenbuchten haben — besonders die prächtigen Buchten von Fonseca und Nicoya — und da zugleich auch die von dort aus viel rascher erreichten Plateaustufen in Folge ihres milderen Klimas dem Gedeihen einer höheren Civilisation viel freundlicher sind, als das heiße Küstenland. Diese Thatsache steht in einem merkwürdigen Widerspruche zu dem Lauf ihrer bedeutendsten Flüsse: des San Juan, des Rio Grande und des Rio Coco in Nicaragua, des Rio Patuca und des Rio Ulua in Honduras und des Rio Motagua, des Rio Polochic und des Rio Usumacinta in Guatemala, die wieder in vollkommener Uebereinstimmung mit ein oder raschen Laufes und von den tropischen Regengüssen periodisch geschwellt zum Atlantischen Ocean eilen, um dort an ihren Mündungen mächtige Barren aufzubauen, die den Seeschiffen das Eindringen in sie fast zur Unmöglichkeit machen. Daß dieselbe tropische Sonne auf alle fünf herab brennt, ist zu bekannt, als daß wir nöthig hätten, auf sie als auf ein natürliches Unificationsmoment hinzuweisen, und ebenso bekannt ist es auch, daß diese Tropensonne nur in den Küstenebenen des Ostens — in der sogenannten tierra caliente — zur vollen Geltung kommt, während sie auf den centralen und westlichen Plateaux — der sogenannten tierra templada — durch deren verticale Erhebung, die in Guatemala über

SLUB
Wir führen Wissen.